



Regionalkonferenz Zürich Nordost
Protokoll der 12. Vollversammlung Etappe 3

Datum / Zeit	02. Juli 2022, 9.00 – 11.15 Uhr
Ort	AZA Andelfingen
Traktanden	<ol style="list-style-type: none">1. Begrüssung / Start der Veranstaltung2. Wahl der StimmenzählerA) Jahresversammlung 20223. Jahresversammlung 2022<ul style="list-style-type: none">- Jahresrechnung 2021<ul style="list-style-type: none">. Bilanz per 31.12.2021. Erfolgsrechnung 2021. Anhang zur Jahresrechnung 2021. Revisorenbericht 2021. Décharge Vorstand / GeschäftsstelleB) 12. Vollversammlung4. Abnahme Protokoll der 11. Vollversammlung vom 19. März 20225. Mutationen6. Vorstellung One Pager7. Kommunikation ASR (BFE)8. Haltung und Unterstützung durch den Kanton Zürich und den Kanton Schaffhausen9. Weiteres Vorgehen, Koordination, Kommunikation nach ASR10. Weiteres Vorgehen, Regionalkonferenz / Fragebogen (mit oder ohne gTL)11. Information aus den Fachgruppen12. Termine Vollversammlungen 2022<ul style="list-style-type: none">. Mittwoch, 14. September 2022. Samstag, 26. November 202213. Varia / Umfrage
Anwesend	
Gäste und Referenten	Stefan Jordi, BFE Harald Jenny, Fachbegleiter FG RE und FG Sicherheit Thomas Flüeler, AWEL Kt. ZH Christoph Häggi, IKL Kt. SH Urs Bachmann, Prozessbegleitung und Moderation Walter Marty, Leiter Geschäftsstelle und Protokollführung Mitglieder der Fachgruppe Sicherheit (Referenten) weitere Vertretungen der Kantone und der Landkreise Medien
Vorsitz	Jürg Grau
Protokoll	Walter Marty, Leiter der Geschäftsstelle



1. Begrüssung

Der Vorsitzende, Jürg Grau, Präsident der Regionalkonferenz Zürich Nordost, begrüsst die Mitglieder, Gäste und Vertreter der Kantone und der Landkreise zur 12. Vollversammlung Etappe 3 der Regionalkonferenz. Weiter begrüsst er die Gäste, Stefan Jordi (BFE), Thomas Flüeler (AWEL Kt. ZH), Christoph Häggi (IKL Kt. SH), Harald Jenny (Fachbegleiter FG RE und FG Sicherheit), Urs Bachmann (Prozessbegleiter). Auch begrüsst er den Präsidenten der Fachgruppe Sicherheit, welcher heute beim Traktandum One Pager zur Verfügung stehen wird.

Die Einladungen mit den Unterlagen wurden zeitgerecht verschickt. Die Traktandenliste wird vorgestellt, es gibt keine Wortmeldungen.

2. Wahl der Stimmzähler

Als Stimmzähler wird Martin Günthardt gewählt.

Es sind insgesamt 75 Mitglieder (Stimmberechtigte) und 15 Gäste anwesend.

A. Jahresversammlung 2022

3. Jahresversammlung 2022

- . Bilanz per 31.12.2021
- . Erfolgsrechnung 2021
- . Anhang zur Jahresrechnung 2021
- . Revisorenbericht 2021
- . Décharge Vorstand / Geschäftsstelle

Die Versammlung stimmt der Jahresrechnung 2021 ohne Diskussion einstimmig zu und erteilt dem Vorstand und der Geschäftsstelle Décharge.

4. Abnahme Protokoll der 11. Vollversammlung vom 19. März 2022

Das Protokoll wird ohne Wortmeldung einstimmig genehmigt und dem Verfasser, Walter Marty, herzlich verdankt.

5. Mutationen

Frank Hartmann, Jestetten, Mitglied der Vollversammlung wird als Mitglied in die Fachgruppe Sicherheit gewählt.

Die Diskussion wird nicht genutzt.

Die Versammlung wählt einstimmig Frank Hartmann, Jestetten, als neues Mitglied in die Fachgruppe Sicherheit.



Als neues Mitglied der Regionalkonferenz wurde durch den Vorstand Jürgen Geiges, Einwohner aus Benken, aufgenommen.

6. Vorstellung One Pager

Der One Pager wurde auf der Homepage der Regionalkonferenz publiziert. Die einzelnen Punkte (A-J) werden von **Harald Jenny**, Fachbegleiter Fachgruppe Sicherheit vorgestellt.

Martin Ott, Präsident der Fachgruppe Sicherheit fasst den One Pager wie folgt zusammen:

Vor 15 Jahren war der Startschuss der Regionalen Partizipation in Bern. Es ist gut, wenn man heute zurückschauen kann.

Man spürte damals, dass viele Leute, welche im Raum anwesend waren, nicht sagen konnten was sie wollten. Es kam die Forderung auf, dass man die Begleiter aus den Regionen nicht einfach so arbeiten lassen soll. Man hat daher eine «bezahlte Opposition» geschaffen. Dies war ein riesiger Schritt und man war somit etwa auf gleicher Augenhöhe.

Es hat in der Vergangenheit manchmal «gerumpelt». Er erinnert an das «Leiterspiel» mit dem ENSI. Sieben Jahre vergingen, bis jemand der Fachgruppe Sicherheit verständlich erklären konnte, wie gefährlich so ein Stab ist. Dies wollte am Anfang niemand sagen. Zuerst wurde gesagt, es sei zu gefährlich, dann sagten sie, man wisse es nicht. Man sagte damals auch, dass man diese Frage jedem Physikstudenten im ersten Jahr des Studiums stellen könne. Dies hat die Mitglieder der Fachgruppe Sicherheit geprägt. Auch mit dem BFE hat es «gerumpelt». Erstaunlicherweise in den Jahren immer mehr. In den letzten Monaten wurde sogar gesagt, dass gewisse Themen nicht bearbeitet werden dürfen, ob sie im Meilenstein enthalten waren oder nicht. Als Beispiel führt er das Thema Niedrigstrahlung, welches zu G03 gehört. Auch wurde der Fachgruppe Sicherheit untersagt, Ausschüsse zu bilden, da dies zu teuer sei. Aber Ausschüsse arbeiten mit vier Personen viel günstiger als eine Fachgruppe mit 20 Personen. Er hofft, dass diese Haltung nicht in den kommenden Prozess mitgenommen wird.

Eigentlich sind wir jetzt erst ganz am Anfang des Prozesses. Die grössten Fehler macht man bekanntlich am Anfang eines Prozesses. Daher ist es sehr wichtig, wenn man so einen langen Zeitraum anschaut, dass man nicht meint, man könne sich ausruhen. Am Anfang werden die Leitplanken festgelegt und auch die Zusammenarbeit wird definiert. Wir müssen in diesem Prozess kritisch sein und es fragt sich wie stark die Laienaufsicht sein soll. Er erinnert daran, dass die Fachgruppe damals bei der Einengung auf zwei Standorte zum gleichen Schluss gekommen ist, wie die Nagra. Die Fachgruppe Sicherheit sagte damals, es müsse ein dritter Standort mitgenommen werden. Die wissenschaftlichen Gremien (Kanton etc.) kamen zum gleichen Schluss. Ist dies jetzt Zufall oder ist es



so, dass die Laienaufsicht funktioniert. Herr Säulemann sagte damals, dies sei ein reiner Zufall, also eine unbeabsichtigte Gleichzeitigkeit.

Die Grundlage, was diese Regionalkonferenz mit ihren Fachgruppen bedeutet, ist die Wertschätzung. In dieser Frage hat die Nagra unheimlich an Qualität zugelegt. Die Qualität, die Fehlerkultur und die Wertschätzung sind heute die wichtigen Grundlagen für eine Zusammenarbeit. Es muss in einem solchen Prozess immer das beste Verfahren gewählt werden.

Martin Ott stellte sich die Frage, was hat die Fachgruppe falsch gemacht. Von Anfang an wollte die Fachgruppe zwei Sachen anschauen; das Technische und auf der anderen Seite den Prozess. Es ist wichtig, wie die Menschen miteinander sprechen. Es gibt eine gute Art die Qualität der Zusammenarbeit zu messen. Es gibt verschiedene Grade der Beteiligung, wie die Öffentlichkeit einbezogen wird (Aufsteigend: Manipulation, Informieren, Konsultieren, Involvieren, Zusammenarbeiten, Ermächtigen). Es ist daher wichtig, dass man sich in einem solchen Prozess nicht immer im unteren Bereich der Grade befindet.

Der Grund für Probleme in der Fachgruppe war, dass man verschiedene Ansprüche in der Beteiligung hatte. Daher ist es wichtig, dass man sich einigt, wie man sich am Prozess beteiligen will oder kann. Es muss definiert werden wo stehen wir und was ist unsere Aufgabe.

Die Folie vom BFE betreffend Mitarbeit im Untergrund zeigt, dass ein tiefer Grad an Partizipation (keinen Einfluss) vorgesehen ist. Wir kommen jetzt in eine Etappe, wo die Möglichkeit der Mitwirkung vorgesehen ist, jedoch ohne Einfluss. Das BFE muss sich in dieser Frage mit der gewählten Region überlegen, wie geht man in diesem Prozess weiter, zum Beispiel in der Frage der Sicherheit. Er weiss, dass Bestrebungen vorhanden sind. Es muss definiert werden, wo unsere Eingriffstiefe ist.

Am Anfang der Menschheit wurden keine Spuren, kein Abfall, hinterlassen. Wir haben nun aber die «Frechheit» gehabt einen Abfall zu hinterlassen, welcher vor dem Lebensraum über einen sehr langen Zeitraum versteckt werden muss. Dies ist schon eine sehr spezielle kulturelle Leistung. Dieses Problem braucht in Zukunft andere soziale Formen im Umgang als man bis jetzt in der Wissenschaft und in der Gesellschaft hat. Er nennt dies die soziale Opalinusschicht. Ein Prozess, welcher aus verschieden artigen Menschen begleitet wird und Fragen gestellt werden können, wo eine Fehlerkultur passiert. Nicht dass man immer sagt, wir haben alles im Griff, sondern dass man sagen kann, wir haben es nicht im Griff, aber wir machen es gemeinsam. Wir haben es zusammen immer mehr im Griff, weil wir laufend lernen. Dies ist sein Wunsch an das Verfahren, dies war auch die Motivation der Fachgruppe.

Was können die Institutionen lernen? Es wäre gut, wenn man gleichlange Spiesse einfordern könnte. Es ist wichtig, dass die Partizipation über eigene Mittel verfügt, um Expertisen zu finanzieren.

Es braucht zum Schluss offene Räume für Gespräche. Es braucht ein Verfahren,



wo nicht politisiert wird. Es braucht ein Verfahren, wo nicht die Atompolitik weitergetrieben wird. Dass man sagen kann, wir haben ein Problem, also lösen wir es gemeinsam. Man kann so ein Problem nicht einfach delegieren.

Jürg Grau bedankt sich ganz herzlich für die Ausführungen und für die grossartige Arbeit in der Fachgruppe.

Die Diskussion wird nicht benutzt.

7. Kommunikation ASR (BFE)

Stefan Jordi: Ein spannender Herbst steht uns in diesem Verfahren bevor. Die Nagra hat im Mai 2019 die verschiedenen Möglichkeiten der Oberflächeninfrastrukturen zur Diskussion gestellt. Hier war ein grosser Grad an Partizipation vorhanden. Die Regionalkonferenz kennt die Region und hat dadurch auch nochmals den «Fächer» geöffnet und dies nochmals diskutiert. Die anderen beiden Regionalkonferenzen hatten diesen Anspruch nicht. Dies war ein sehr intensiver Prozess auch im Austausch mit dem BFE, da dies in Etappe 3 nicht vorgesehen war. Die Nagra hat dann die Geologie mit den bekannten Tiefenbohrungen noch intensiver untersucht. Im September 2022 ist die Ankündigung der Nagra, für welches Standortgebiet sie ein Rahmenbewilligungsgesuch ausarbeiten will.

Zuerst war vorgesehen, dass die Bekanntgabe erst mit dem Rahmenbewilligungsgesuch erfolgen soll. Nach Rücksprache mit den Kantonen und der Nagra kam man zum Schluss, dass es nicht sinnvoll ist, zwei Jahre im stillen Kämmerlein zu arbeiten. Die betroffene Regionalkonferenz kann ab dem Herbst 2022 kontrollieren, ob die Forderungen aufgenommen wurden oder nicht. Und wieso wurden vielleicht gewisse Forderungen nicht aufgenommen. Dieser Austausch nach ASR ist bereits in der Planung aufgenommen.

Die Nagra wird eine intensive Phase haben, um das Gesuch mit hunderten von Seiten gemäss Kernenergiegesetz auszuarbeiten. Sie muss die Umweltverträglichkeitsprüfung zum Bericht der ersten Stufe einreichen und da muss sie wissen, wo die Oberflächeninfrastrukturen hinkommen.

Dann kommt die lange Phase von der Überprüfung durch das ENSI, das KNS und auch über eine internationale Expertengruppe. Dann gibt es weitere Stellungnahmen der Bundesbehörden. Die Regionalkonferenz hat die Aufgabe, wie in Etappe 2, eine Stellungnahme zur Etappe 3 auszuarbeiten. Auch die Kantone können eine Stellungnahme abgeben. Das BFE wird dann eine Gesamtbeurteilung vornehmen und den Bundesratsentscheid vorbereiten. Der Entscheid des Bundesrats ist im Jahre 2029 vorgesehen. Der Entscheid wird, im Gegensatz zu anderen Ländern, dem Stimmvolk unterbreitet. Einen Plan B gibt es aus heutiger Sicht noch nicht.

Das ganze Monitoring und die vertiefte Untersuchungen zu Gesellschaft und Wirtschaft sind ebenfalls ein Teil der Partizipation. Auch die Verhandlungen betreffend Abgeltungen ist ein Teil davon.



Es ist bereits kein Geheimnis mehr, dass die Nagra ein Kombilager vorschlagen wird. Es wird also eine Region betroffen sein. Sollte die Nagra trotzdem eine externe BEVA vorschlagen, dann wird eine zweite Region (ZWILAG Würenlingen) betroffen sein. Auch hier ist in Abklärung was für Mitwirkungsgegenstände es braucht. Auch hier müsste die Nagra ein Rahmenbewilligungsgesuch erarbeiten.

Nun zeigt Stefan Jordi die Vorinformationskaskade auf:

- 1. Runde: Politik (Kantone und Deutschland)
- 2. Runde: Experten (Bund, Kantone und Deutschland)
- 3. Runde: Regionen (RK-Präsidenten, OFI-Gemeinden)
- Betroffene (GrundeigentümerInnen / PächterInnen)

Am Tag der Bekanntgabe sieht der Zeitplan wie folgt aus:

- 08.00 Uhr – RK-Mitglieder (E-Mail)
- 09.00 Uhr – Medienkonferenz in Bern
- 14.00 Uhr – Medienkonferenz in Standortregion
- später evtl. zusätzliche Medienkonferenz in JO (BEVA)

Nach ASR sind die Vollversammlungen der Regionalkonferenzen terminiert. In der ausgewählten Region sind zusätzliche Informationsveranstaltungen geplant. Am 31. Oktober 2022 findet eine Veranstaltung mit Bundesrätin Sommaruga in der betroffenen Region statt.

Das BFE war mit allen Beteiligten letzten September an den Vorbereitungen der Planungsretraite. Dies fand an zwei Tagen auch mit Vertretern der Regionalkonferenzen statt. Seitens RK ZNO waren der Präsident Jürg Grau und das Vorstandsmitglied Andreas Jenni dabei.

Der Einbezug der betroffenen Region wird weitergehen. Es ist nicht so, dass das BFE nur noch informieren wird. Es gibt weitere Aufgaben, die auf die betroffene Region zukommen. Sicher nicht mehr so intensiv wie bei den bisherigen Phasen. Aber selbstverständlich muss eine Fachgruppe Sicherheit die Auswahl des Standortes nachvollziehen können. Es wird auch weitere Aufgaben wie zum Beispiel das Monitoring nach dem Monitoring Konzept geben.

Vielleicht gibt es auch Anpassungen betreffend Standortregion. Die Zahl der Infrastrukturgemeinden wird sich sicherlich verkleinern. Mit der Einreichung des Rahmenbewilligungsgesuchs wird bekannt sein, wo sich der Schutzbereich befindet.

Es stellen sich somit nach ASR gewisse Fragen von ASR betroffene Region:

- Klärung Aufgaben bis zur Einreichung Rahmenbewilligung durch die Nagra
- Allfällige Neubesetzungen von Funktionären und Anpassung Gremium
- Anpassung Standortregion, Auswirkung auf die Zusammensetzung der RK

Von ASR nicht mehr betroffene Standortregion:

- Abschluss der Arbeiten (v.a. Bericht zu den getätigten Arbeiten in Etappe 3)
- Zeitdauer Fortbestand Verein



- Wissenserhalt und Archivierung

Jürg Grau: Er bedankt sich für die Ausführung seitens des BFE's. Auf den 14. September 2022 ist eine Vollversammlung geplant.

Peter Neukomm: Frage zur Folie Meilenstein. Nebst dem ENSI und dem KNS wird auch eine internationale Expertengruppe die Unterlagen prüfen. Wer bestimmt diese Expertengruppe?

Stefan Jordi: Das kann man noch nicht genau sagen. Dies kann das ENSI mit Einbezug des KNS sein. Es wird ähnlich sein wie beim Entsorgungsnachweis. Das ENSI hat NEA von OECD angefragt, ob sie eine Expertengruppe zusammenstellen könne. Es werden nicht alle Unterlagen sein, sondern spezifisch gewisse Unterlagen werden geprüft und darüber wird ein Bericht gemacht. Die Vorbereitungsarbeiten dazu sind am Laufen.

Nina Schärer: Frage zur Anpassung der Standortregion. Geht es ausschliesslich um die Definition der Infrastrukturgemeinden oder steht auch eine Verkleinerung der Standortregion im Raum?

Stefan Jordi: Das ist eine spannende Frage, welche immer grosse Diskussionen auslöst. Es gibt Personen, welche eine Verkleinerung sehen. Zum Beispiel bei JO wird diskutiert, ob das Fricktal dann wirklich noch dabei sein soll. Diese Diskussion wird in JO bereits aufgenommen. Die Entscheidung muss im Dialog mit den Gemeinden geschehen. Es ist jedoch klar, dass die Anzahl der Infrastrukturgemeinden kleiner wird.

Markus Späht: Überprüfung und Vernehmlassung: Stellungnahme Regionen und Standortkantone. Wie genau ist das angedacht? Im Kanton Zürich sind ja spezielle Strukturen vorhanden. Es gibt auch noch die Regionalplanungsgruppen. Werden diese miteinbezogen? Welche Rolle soll die Regionalkonferenz spielen? Welche Rolle soll der Kanton resp. die Kantonsverwaltung spielen?

Stefan Jordi: Dies wurde noch nicht im Detail geplant. Bereits in der Etappe 2 wurde diese Frage diskutiert. Die Regionalkonferenz hat damals eine Stellungnahme zu Handen der Gemeinden erstellt. Vielleicht wird es diesmal ähnlich laufen. Auch die Kantone werden die Stellungnahmen der Regionalkonferenz und der Gemeinden in ihre Stellungnahme einbeziehen wollen. Die Regionalkonferenz wird wahrscheinlich die Vorlagen für die Gemeinden erstellen. Es wird sicherlich ein Zusammenspiel der Betroffenen sein. Es wird eine aufwändige Sache sein, denn es geht um zwei Sachen. Es ist auf der einen Seite die Kernenergiegesetzesschiene und andererseits geht es um die Sachplanschiene.

Markus Späht: Somit ist eine Fortsetzung der Regionalkonferenz in der Standortregion geplant?

Stefan Jordi: Selbstverständlich bis Ende der Etappe 3 und auch darüber hinaus wird es eine Vertretung der Region geben. Wie genau dies aussieht kann man heute noch nicht sagen. Es braucht auf jeden Fall eine starke Regionsvertretung



in der ausgewählten Region.

Markus Späht: Wie und durch wen sollen die Abgeltungsverhandlungen erfolgen?

Stefan Jordi: Dazu wurde der Leitfaden «Abgeltungsverhandlungen» erarbeitet und dieser soll auch genutzt werden. Der Leitfaden geht nicht in alle Details. Ein Ausschuss «kommunale und kantonale Fragen» konkretisiert im Moment den Leitfaden. Insbesondere die Frage wie sich die Verhandlungsdelegation bilden soll. Im Leitfaden ist vorgesehen, dass fünf Vertretungen aus Gemeinden und ein Vertreter aus Deutschland Einsitz nehmen. Im Ausschuss sind Jürg Grau und Andreas Jenni vertreten. Das Ganze erfolgt mit Rücksprache mit den Kantonen. Das Resultat ist ein Empfehlungsdokument. Die Regionalkonferenz wird entsprechend darüber informiert. Es sind drei Parteien, die Entsorgungspflichtigen (Zahler), sowie die Kantone und die Gemeinden. Das BFE gibt den Rahmen vor und versucht hier Schub zu geben, damit die Vorbereitungen gemacht werden. Das Ziel ist, dass man weiss, wie die Abgeltungsverhandlung aussehen sollen, bevor man in die Vernehmlassung geht.

Peter Rüegg: Er hat eine Frage zur zukünftigen Arbeit der Regionalkonferenz. Martin Ott hat auf einer Folie gezeigt, die Mitarbeit (Partizipation) der Regionalkonferenz wird eine andere sein, wenn es um die Tiefe geht. Was kann das BFE dazu sagen?

Stefan Jordi: Dies ist nicht so vorgesehen. Im Gegenteil, die Regionalkonferenz muss nachvollziehen können, warum die Nagra eine Region ausgewählt hat oder nicht gewählt worden ist. Was nicht Teil der Partizipation sein wird, ist die Frage, wie gut der Opalinuston sein muss. Dies wird der Wissenschaft überlassen. Bei der Geologie wird die Wissenschaft das Zepter übernehmen müssen. Die Fachgruppe Sicherheit hat die Tiefenbohrungen eng begleitet. Sie hat sich bei der Nagra direkt informiert und hatte auch Unterstützung der Uni Bern.

Jürg Grau: Dies war von Anfang an so definiert. Bei der Geologie muss auf die Experten vertraut werden können.

Irene Eichenberger: Die Fachgruppe RE hat ein Modell ausgearbeitet, wie eine Nachfolgekonferenz aussehen könnte. Das Bundesamt hat das Modell gutgeheissen, jedoch die Finanzierung der Nachfolgekonferenz ist nicht mehr Sache der Entsorgungspflichtigen.

Stefan Jordi: Es existiert eine Vereinbarung mit den Entsorgungspflichtigen wie die Entschädigung bis ASR aussieht. Nach ASR muss dies neu verhandelt werden.

Stefanie Amsler: Wie wird die Bevölkerung nach dem Bundesratsentscheid resp. vor einer Volksabstimmung über den Prozess informiert.

Stefan Jordi: Nicht die ganze Schweiz interessiert sich für das Thema, da klar



ist, dass das Lager in die Deutschschweiz kommen wird. Es wird jedoch sicherlich Informationsveranstaltungen geben.

Jürg Grau bedankt sich bei Stefan Jordi für seine Ausführungen und für die Beantwortung der heute gestellten Fragen.

8. Haltung und Unterstützung durch die Kantone Zürich und Schaffhausen

Thomas Flüeler: Es ist für die Regionalkonferenz sicher sehr wichtig zu wissen, was von Seiten des Kantons kommt. Es gab heute bereits ein Paar heikle Themen, wie zum Beispiel die Abgeltung oder aber auch was im Untergrund passiert.

Die Nagra hat im Herbst 2022 einen einzigen Schuss auf die Zielscheibe – der ins Schwarze treffen muss. Der Kanton hat mitgeholfen, am Pfeil und Bogen zu feilen. Die Nagra schießt und es bleibt zu hoffen, dass sie auf die richtige Scheibe schießt und auch noch ins Schwarze trifft. Die Nagra hat nicht mehrere Schüsse.

Was wir nicht wollen sind Altlasten. Weder nukleare Altlasten noch konventionelle Altlasten. Der Kanton Zürich weiss was dies bedeutet. Der Kanton muss zahlen und dies ist sehr viel Geld, was hier wieder herausgeholt werden muss.

Wir wollen aber auch nicht, dass Leute, die nicht mit dem Projekt einverstanden sind, via Demonstrationen sich äussern müssen.

Der Kanton ist sich bewusst, dass auf Ende August 2022 eine Demo vorgesehen ist. Es wäre daher gut, wenn in diesem Rahmen oder auch bei einer noch grösseren Veranstaltung zivilisiert miteinander geredet werden kann. Die Fachgruppe Sicherheit hat dies in ihren Aussagen sehr schön gesagt, das braucht Willen, das braucht Respekt, Augenhöhe, Ressourcen und vieles mehr.

Was der Kanton sicher nicht will, ist, dass die ganze Sache in Würenlingen oder in Beznau bleibt. Wir haben den klaren gesetzlichen Auftrag vom Bund, welcher wir uns selber gegeben haben (Bundesbeschluss Atomgesetz). Im Gesetz steht: endgültige und sichere Entsorgung als Endlagerung in der Schweiz.

Was wir brauchen sind Themen, welche uns nicht nur am Vorabend von ASR beschäftigen sondern immer beschäftigen.

Das Forschungsprogramm Mont Terri ist für die Nagra sehr wichtig. Betrieben wird Mont Terri vom Schweizerischen Bundesamt für Landestopografie (swisstopo). Mont Terri muss massiv gebraucht werden, um Arbeiten, welche nicht standortabhängig sind, vorgängig zu machen. Nicht dass die Nagra am definitiven Standort die Arbeiten ausprobieren muss. Dies muss vorher ausgetestet werden.



Worte müssen mit Inhalten gefüllt werden «Gleichlange Spiesse, genügend Mittel für eigene Expertisen und offene Räume für Gespräche.

An der Tagung in Loccum vom 26. Juni 2022 ging es darum, zu sehen wo die verschiedenen Länder stehen. Natürlich im Fokus Deutschland und die Schweiz. Die Schweiz ist verglichen mit anderen Ländern nicht schlecht. Wir wissen alle, wir haben sehr viel in den letzten Jahren gelernt.

Der Prozessbericht der Fachgruppe Sicherheit findet er persönlich etwas vom Besten was im Sachplanverfahren erstellt wurde, abgesehen vom Sachplan selber. Die Menschen haben tatsächlich im Laufe der Zeit etwas gelernt. Der Kanton aber auch das BFE musste viel dazulernen. Auch die Nagra hat viel dazugelernt. Die Nagra ist heute nicht mehr die, welche sie vor 10 Jahren war und dies hat mit Menschen zu tun.

Wir alle zusammen sind in der Krisenzone. Wir haben in der Schweiz vielleicht zwei, drei Einzelmasken. Es ist kein Vergleich mit Deutschland was die Begleitforschungsplattform angeht.

Das Thema als solches hat nicht viel mit Spass zu tun. Aber die Arbeit die in den letzten Jahren geleistet wurde, hat Spass gemacht. Es ist erfreulich wie sich die Mitglieder der Regionalkonferenz sich für dieses Thema engagiert haben. Die Bildung einer sozialen Substanz ist sehr wichtig. Die Arbeit welche geleistet wird, kann eigentlich gar nicht gebührend entschädigt werden.

Herr Prof. Dr. Meinert Rahn vom ENSI hat an der Tagung in Loccum geschrieben: Regionalkonferenzen als Teil einer «Redundanten Sicherheitsbeurteilung». Dies ist der Verdienst der Mitglieder der Regionalkonferenzen. Diese Aussage hätte Herr Rahn vor 10 Jahren nicht gemacht.

Was ist nun die Haltung des Kantons. Es gibt zwei Pfeiler:

Sicherheit ist oberstes Gebot (RRB Nr. 264/2018) und ist nicht verhandelbar. Sicherheit ist nicht einfach absolute Sicherheit sondern es ist eine Frage der Definition und somit auch eine gesellschaftliche Auseinandersetzung. Ob nun der Opalinuston im Weinland besser ist als in Nördlich Lägern oder Jura Ost, über dies kann nicht abgestimmt werden. Hier muss die Nagra eine gute Arbeit leisten und andere Personen müssen dies überwachen und kontrollieren.

Regionale Partizipation hat sich bewährt (RRB Nr. 264/2018)

Auszug aus dem Protokoll des RR: *Die regionale Partizipation, insbesondere die Regionalkonferenzen, hat sich bewährt: Im Verlauf der Etappe 2 bildeten sich Gemeinschaften, die sich über politische, kommunale und demografische Grenzen hinweg kritisch mit einem geologischen Tiefenlager und den im Verlauf der Planung auftretenden Fragen auseinandersetzten und die zu starken Stimmen für die Region geworden sind. Engagement und erlangte Kompetenz der Regionalkonferenzen im Allgemeinen und der Fachgruppen im Besonderen waren beeindruckend und wertvoll. Sie haben sich auch für die Kantone zu wichtigen Partnern entwickelt.*



Wenn man Menschen involvieren will, muss man bereit sein, zuzuhören, und gesagtes aufzunehmen. Dies hat eine grosse Bedeutung.

Aber auch eine angemessene Lastenverteilung ist nötig (RRB Nr. 0307/2021). Hier hat ZNO sicherlich keine unwesentliche Vorarbeit geleistet. Dies hat die Regierung im Sinne des Weinlands entschieden.

Abgeltungen sind ebenfalls Bestandteil des Sachplans (RRB Nr. 264/2018). Sie sind nicht einfach «nice to have», selbst wenn sie freiwillig sind.

Der Kanton ist auf verschiedenen Ebenen aufgestellt:

- Politische Steuerung der Kantone (Ausschuss der Kantone AdK)
- Kommunikative Begleitung der Regionen
- Fachliche Begleitung der Kantone (z.B. AG Sicherheit etc.)

Die externen Experten (KES) des Kantons sind:

- Geologie, Tektonik: Prof. Stefan Schmid
- Geologie, Geomorphologie: Erich Müller
- Seismik: Prof. Alan G. Green
- Hydrogeologie: Prof. Wolfgang Kinzelbach
- Sicherheitstechnik, -analyse: Prof. Klaus-Jürgen Röhlig
- Geomechanik, Bautechnik: Prof. Laurent Vuilliet

Dass Nördlich Lägern weiterhin dabei ist, ist auch den externen Experten zu verdanken. Die Nagra wollte diese Region bekanntlich nicht mehr dabei haben. Wir werden sehen, was die Nagra nun mit dieser Region macht.

Bis 2024 werden folgende Arbeiten durch den Kanton erledigt:

- Sicherheitstechnischer Vergleich, Sicherheitsanalyse
- weitere erdwissenschaftliche Untersuchungen, u.a. Bohrungen
- Platzierung der Oberflächeninfrastruktur
- Übergeordnete Stellungnahmen
- Begleitstudien, u.a. Monitoring, Gesellschaftsstudie
- Abgeltungen, Vorbereitung Verhandlungen
- Unterstützung der betroffenen Gemeinden / Region
- Kommunikation (Web-/Microsite, «Standpunkt», Anlaufstelle...)

Kommunikation

Der Kanton unterhält im Netz zwei verschiedene Internetsites:

- www.zh.ch/radioaktiveabfaelle (im Detail)
- www.tiefenlager-zh.ch (Populärer)

Die folgenden Grundsätze hat der Regierungsrat an einer Klausur entgegengenommen:

Abgeltungen: Grundsätze

- Gemeinden der Standortregion sollen für ihren Beitrag eine Abgeltung erhalten
- Entsorgungspflichtige, Standortkanton und Gemeinden der Standortregion verhandeln Abgeltung



- Abgeltungen sind freiwillig, keine gesetzliche Grundlage
- Abgeltungen sind für kommunale und regionale Entwicklungsmassnahmen zu verwenden
- Standortkantone sollen Gemeinden der Standortregion unterstützen, Fokus der Abgeltungsverhandlungen liegt bei den Gemeinden der Standortregion

Für die Abgeltungsverhandlungen fehlt die Verbindlichkeit. Der Sachplan gibt keine detaillierten Vorgaben zum Verfahren an. Der Leitfaden aus dem Jahre 2017 ist eine unverbindliche Absichtserklärung der Vertragsgemeinden. Die Zürcher Gemeinden wünschen sich Rechtssicherheit zu

- Verhandlungsprozess (z.B. Bestimmung der Gemeindedelegation für die Verhandlungen)
- Zuständigkeit in den Gemeinden für den Abschluss des ausgehandelten Abgeltungsvertrages
- Festlegung, unter welchen Voraussetzungen der Abgeltungsvertrag rechts-wirksam wird

Das AWEL hat am 9. Juni 2022 einen Auftrag vom Regierungsrat erhalten. Es muss eine Ressourcenplanung erstellt werden und eine Rechtsverbindlichkeit zu den Abgeltungen. Der Regierungsrat will einen Steuerungsausschuss, wo mindestens mehrere Direktionen dabei sind. Sicherlich dabei sein werden die Justiz und die Baudirektion. Es kommen eventuell noch weitere Direktionen dazu. Im Steuerungsausschuss soll zusätzlich eine Gemeindevertretung Einsitz nehmen. Die Botschaft des Regierungsrats ist klar: die Gemeinden sollen im Steuerungsausschuss eine wichtige Stimme haben.

Mit den Worten «es ist eine Angelegenheit aller» (Experten jeglicher Herkunft, Betroffenen Regionen und Kanton) schliesst Thomas Flüeler seine Ausführungen.

Christoph Häggi: Er nimmt den Faden von den letzten Worten von Thomas Flüeler auf, die Zusammenarbeit der Gemeinden mit dem Kanton. Die Strukturen im Kanton Schaffhausen sind etwas anders als im Kanton Zürich oder im Kanton Thurgau. Es gibt keine Regionale Planungsverbände und auch keine Regionalen Richtpläne.

In Etappe 3 im Sachplan haben die regionalen Planungsträger explizit eine Rolle in der regionalen Partizipation erhalten. Der Kanton hat mit den Gemeinden eine Planungsgruppe gegründet, aus derer später die KPgT (Kommunale Planungskonferenz geologische Tiefenlager) hervorgegangen ist. Die KPgT ist auch heute noch aktiv tätig. In der KPgT sind vor allem die Gemeinden, welche sich organisieren. Es sind aber weitere interessierte Kreise aus dem Kanton dabei. Der Kanton selber ist als Beisitzer in der Organisation vertreten, damit der Austausch sichergestellt ist.

Sollte das Lager in die Region von Schaffhausen kommen, wird sich die Organisationsform ändern. Mit den neuen Aufgaben, welche auf uns zukommen, muss man umgehen können.



Zu den Abgeltungen werden auch im Kanton Schaffhausen neue Gefässe geschaffen, wo immer auch die Gemeinden vertreten sein werden.

Er will auch über die Region ZNO hinausschauen. Im Kanton Schaffhausen hat ZNO immer einen grossen Fokus gehabt. Von den 80'000 Einwohner sind rund 60'000 Einwohner in der Region ZNO. Es gibt aber auch Gemeinden, welche in der Regionalkonferenz Nördlich Lägern sind. Sollte das Lager nach Nördlich Lägern kommen, wird der Kanton die betroffenen Gemeinden selbstverständlich auch unterstützen.

Die Zusammenarbeit zwischen den Gemeinden und dem Kanton Schaffhausen funktioniert sehr konstruktiv und er ist auch optimistisch, dass diese Zusammenarbeit im Falle ASR positiv weitergeführt werden kann.

Jürg Grau: Er dankt den beiden Kantonsvertretern für ihre Voten und unterstreicht die Aussagen von Beiden: Die Zusammenarbeit der Gemeinden mit den Kantonen Zürich, Schaffhausen und Thurgau, aber auch mit Deutschland ist sehr wertvoll. Er ist zudem sehr froh, dass Andreas Jenni als Jurist im Ausschuss betreffend Abgeltungen vertreten ist. Auch hat er die Zusicherung von RR Neukomm, dass die Regionalkonferenzen die Unterstützung bekommen.

Urs Capaul: Es ist nicht nur der Einbezug der Partizipation, es geht um das Vertrauen, es ist auch eine Frage der Überprüfung der Verständlichkeit und ein weiterer Punkt ist es ein Mittel zur Qualitätskontrolle, nicht zuletzt die Qualität des Prozesses.

Jürg Grau: Vor 10 Jahren erhielten die Regionalkonferenzen noch dicke Dokumentationen. Mit Unterstützung vom BFE wurde man bei der Nagra vorstellig. Heute bekommen wir zu den Berichten immer auch einen, für uns lesbaren Bericht. Dieser hat nicht 300 Seiten. Der Bericht muss in 10, 20 Seiten für uns verständlich sein.

9. Weiteres Vorgehen,

Koordination, Kommunikation nach ASR

Wenn ASR = ZNO

- Medienmitteilung BFE in der Region
- Koordination RK ZNO mit Gemeinden
- Zusammensetzung der RK ZNO / Fachgruppen

Wenn ASR nicht ZNO

- Medienmitteilung in der Region
- Auflösung / Reduktion des Vereins per 30.06.2023 (Auflösung benötigt Zustimmung der Mitglieder)
- Allenfalls Weiterführung eines Vorstandes



10. Weiteres Vorgehen, Regionalkonferenz / Fragebogen (mit oder ohne gTL)

Sollte ZNO zum Zug kommen beabsichtigt der Vorstand einen Fragebogen an die Mitglieder zu verschicken.

11. Information aus den Fachgruppen

FG OFI

Daniel Meister kann an der heutigen Versammlung nicht anwesend sein. Jürg Grau wird kurz anhand der Folien von Daniel Meister informieren.

Die Fachgruppe hat 10 Jahre intensiv gearbeitet und wartet nun auf die Bekanntgabe. Für die ausgewählte Region sind drei Workshops und drei Sitzungen bis Ende Februar 2023 vorgesehen. Die Termine sind in allen drei Regionen festgesetzt. Dann wird die Fachgruppe erst wieder im Jahre 2027 gefordert.

Bei der Mitwirkung gehen die Vorstellung der Fachgruppe OFI und dem BFE auseinander. Das BFE sieht Protokolle (anstatt Stellungnahmen) zur vorläufigen Planungsstudie (vPS) vor, welche von der FG OFI verabschiedet werden sollen. Die Fachgruppe OFI will jedoch mit Einbezug des Vorstandes und den anderen Fachgruppen die Stellungnahme an die Nagra zu Händen der Vollversammlung erstellen.

Das BFE hat weiter empfohlen, dass sich die Zusammensetzung der Fachgruppe OFI auf die Gemeinden fokussieren soll, welche direkt von einer OFI betroffen sind. Damit soll ein stärkeres Gewicht auf die konkret betroffenen OFI Gemeinden gelegt werden. Die Fachgruppe OFI will jedoch mit den heutigen OFI-Mitgliedern, bzw. mit den Ersatzmitgliedern der abgetretenen Gemeinderäten, weiterarbeiten. Zusätzlich sollen je ein zusätzliches Mitglied aus den Gemeinden Benken und Rheinau in der Fachgruppe Einsitz nehmen. Weiter soll auch die Zürcher Planungsgruppe Weinland (ZPW) miteinbezogen werden.

Die nächsten Schritte der FG OFI sind:

- Workshop 1 am 22. September 2022
Die Nagra stellt die vorläufige Planungsstudie (vPS) vor und zeigt auf, welche ihrer Anliegen eingeflossen sind.
- Zwischen Workshop 1 und 2: Sitzungen FG OFI
1-3 Sitzungen der FG OFI (mit einem erweiterten Teilnehmerkreis) zwecks Auseinandersetzung mit spezifischen Themen der vPS
- Vollversammlung vom 26. November 2022
Stellungnahme der FG OFI an Nagra durch Vollversammlung absegnen lassen oder zumindest in Kenntnis setzen
- Workshop 2 am 12. Dezember 2022
Die FG OFI gibt Rückmeldung an die Nagra zur vPS
- Workshop 3 am 22. Februar 2023
Erklärungen der Nagra zu Anliegen der FG OFI
- Abschliessende Sitzung FG OFI im März 2023

Interne Dokumentation zur vPS als Grundlage für Phase III

FG RE

Luca Fasnacht musste sich für die heutige Versammlung entschuldigen. Die nächste Fachgruppensitzung findet am 6. Juli 2022 statt.

FG Sicherheit

Die nächste Sitzung findet am 5. Juli 2022 statt.

FG Infra:

Die nächste Sitzung findet ebenfalls am 5. Juli 2022 statt.

Claudia Gürtler: Die Fachgruppe beschäftigt sich im Moment mit dem Leitfaden. Es geht darum was kommt wann auf die Infrastrukturgemeinden zu. An was muss man wann denken (Planung Infrastruktur, z.B. Neubau ARA). Was ist der Einfluss auf die Region wenn das Endlager zu ZNO kommt. Die Infrastrukturgemeinden waren eingeladen bei RR Martin Neukom. Die Zusammenarbeit mit dem Kanton hat sich spürbar verbessert und intensiviert. Das Hauptthema in der Fachgruppe ist die Vorbereitung der Kommunikation bei ASR. Eine Forderung der Fachgruppe war, dass sie eine fachliche Unterstützung in Sachen Kommunikation bekommt. Dies wird nun auch so umgesetzt und zwar mit allen drei Regionen zusammen.

Jürg Grau: Die Kommunikation wird sicher einfacher sein, wenn ASR nicht gleich ZNO. Die ganze Welt und nicht nur die Schweiz werden auf die ausgewählte Region schauen. Nebst Schweden ist die Schweiz in dieser Angelegenheit sehr weit.

12. Termine Vollversammlungen 2022

- Mittwoch, 14. September 2022, 18.00 Uhr, in Trüllikon (MZH)
- Samstag, 26. November 2022, 09.00 Uhr, im AZA Andelfingen

13. Varia / Umfrage

Es werden keine Wortmeldungen mehr gewünscht, so dass Jürg Grau die heutige Versammlung um 11.15 Uhr schliessen kann. Im Anschluss wird ein Apéro im Foyer offeriert.

Trüllikon, 4. Juli 2022

Der Protokollführer

Walter Marty